

22.09.2016

Bundesrat debattiert über prekäre Finanzen der Kommunen – In Berlin vertritt Kämmerer Feid Ludwigshafen als Mitglied des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte"

Der Deutsche Bundesrat diskutiert am Freitag, 23. September 2016, über die Forderungen des parteiübergreifenden bundesweiten Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte", welches eine dauerhaft angemessene Finanzausstattung benachteiligter Städte und Gemeinden fordert sowie dafür eine grundlegende Neuausrichtung der Finanzordnung zwischen Bund, Ländern und Kommunen verlangt. Gemeinsam mit vielen im Aktionsbündnis aktiven Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeistern, Kämmererinnen und Kämmerern sowie Landrätinnen und Landräten ist Kämmerer und Beigeordneter Dieter Feid in Berlin vor Ort, um Ludwigshafen dort zu vertreten und die Plenardebatte von der Gasttribüne aus zu verfolgen.

"Dass nach dem Bundestag nun auch der Bundesrat die prekären Finanzverhältnisse in vielen Kommunen thematisiert, zeigt, dass die Neujustierung der Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur auf höchster politischer Ebene Gehör findet, sondern ihr dort auch eine enorm große Bedeutung zugeschrieben wird", sagte Feid vor seiner Abreise nach Berlin. "Allerdings müssen jetzt auch Taten folgen, die zu einem gerechten, ausgewogenen Gemeindefinanzsystem führen, welches den Städten und Gemeinden ihre kommunalpolitische Gestaltungsfähigkeit wiedergibt und es ermöglicht, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger in allen Kommunen zu schaffen", ergänzte er.

Der Ludwigshafener Stadtrat fasste am 7. Dezember 2015 eine Resolution, die fordert, dass sich der Bundesrat und der rheinland-pfälzische Landtag mit den Forderungen und Vorschlägen des Aktionsbündnisses in einer Debatte befassen. Der Deutsche Bundestag hatte dies bereits am 24. September 2015 getan.

Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss von 69, hochverschuldeten Städten und Gemeinden auf Zeit, eine unzureichende finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden bemängeln, die ihrer Ansicht nach durch eine Vielzahl von Gesetzen entstand, die in der Vergangenheit ohne ausreichende Gegenfinanzierung zu Lasten der Kommunen erlassen wurden. Das Bündnis repräsentiert mehr als acht Millionen Menschen. Ludwigshafen ist seit 2014 Mitglied.